



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Wer vor anderthalb Jahren vorausgesagt, daß Preußen im November 1858 ein liberales Ministerium haben würde, den hätte man wahrscheinlich einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Wir machen auf diesen Umstand aus zwei Gründen aufmerksam. Einmal um auf die unerhörte Wichtigkeit des Ereignisses hinzuweisen. Es ist kein anderes denkbar, von dem man sich für ganz Deutschland so durchgreifende und so segensreiche Wirkungen versprechen dürfte. Sodann aber muß das Publicum daran erinnert werden, daß es an diesem Ereigniß unschuldig ist, seine Wünsche haben nichts dazu beigetragen, es herbeizuführen oder zu beschleunigen.

Freilich gibt es Federn, die eine andere Ansicht hegen. Wir lasen in den letzten Tagen, die Presse habe die Regentschaft, die Presse habe das Ministerium Hohenzollern geschaffen. Es scheint freilich ein unschuldiges Vergnügen, sich selber mit den großen Thaten zu schmeicheln, die man im Traum gethan, aber das Vergnügen ist schädlich, denn es stumpft den Sinn für Realität ab, und gewöhnt das Publicum aufs neue daran, die Weltgeschichte durch Wünsche und Träume zu redigiren. Es muß daher gesagt und wiederholt gesagt werden: die Presse ist unschuldig an den neuen Begebenheiten; ihre stillen Stoßfeuer, die grade so laut ertönten, als Herr von Westphalen erlaubte, hätten ebenso wenig an der Politik der Regierung geändert, als es ihr im Jahr 1853, wo man sehr viel lauter rufen durfte, gelungen war, auf die Haltung in der orientalischen Frage zu influiren. Was heute geschehn, ist ganz und ausschließlich das Werk eines einzigen Mannes, des mächtigsten Mannes im Staat, der aber doch das Werk der Wiedergeburt allein nicht vollbringen kann. Soll diese Umwandlung Preußens, deren erstes Symptom das gegenwärtige Ministerium ist, Bestand haben, so muß das Volk nachträglich das Seinige dazu thun. Der Weg dazu ist ihm vorgezeichnet, und die erste und unerläßliche Bedingung, das Ziel wirklich zu erreichen, ist die, sich nicht wieder Illusionen zu machen. Es wäre aber die schlimmste Illusion, wenn es glaubte, jetzt schon seine Schuldigkeit gethan zu haben, und das Weitere dem lieben Gott und dem Regenten überlassen zu können.

Es widerstrebt unsern Gefühlen, dem abgetretenen Ministerium, das sich während seines Bestehens gegen die Angriffe der Presse zu schützen mußte, jetzt bittere Worte nachzurufen. Es ist auch unnöthig, denn im Grunde ist alle Welt darüber einig. Vielleicht werden sich selbst die Schriftsteller der „Zeit“, die vor acht Tagen versicherten, Preußens Wohl hänge an der Fortdauer dieses Ministeriums, mittlerweile eines Bessern überführt haben. Die Seele des Ministeriums war nicht der Präsident des Cabinets, sondern der Minister des Innern, der mit einer seltensten Erfindungsgabe ausgestattet war, die schlimmen Eigenschaften des Feudalsystems, des Absolutismus und der constitutionellen Regierung, die sonst einander auszuschließen pflegen, harmonisch miteinander zu verbinden. Das Junkerthum als Zweck des Staats, der ganze Staat bis in die Details durch die Polizei regiert und dazu noch die Wahlintrigue des Constitutionalismus! Man wird inskünftige über die Geschicklichkeit der Combination erstaunen. — Die officiellen Agenten des Herrn von Manteuffel pflegten über dies Benehmen des Herrn Collegen den Kopf zu schütteln,

und in der That hatte ihr Gebieter wieder eine andere Virtuosität. Wenn der Minister des Innern und der geheime Regierungsrath Hahn mit alten Worten neue Begriffe verbanden, wenn sie z. B. Wahlfreiheit nannten, was andere Leute Wahlcorruption nennen, so erfreuten sich dagegen die Vertreter des Herrn von Manteuffel einer liebenswürdigen Unbefangenheit in Beziehung auf den Zusammenhang ihrer Ideen und ihres Lebens. Herr v. Manteuffel pflegte auf alle Angriffe in der Kammer zu erwidern, er sei nur dem König verantwortlich und werde nur gehen, wenn dieser ihn entlasse: es ist das der einzige Grundsatz, dem er treu geblieben ist.

Die Resultate dieser Regierungsperiode sind um so betrübender, da sie verhältnißmäßig unter günstigen Auspicien begonnen wurde. Nach der Unterdrückung der Demokratie durch den Grafen Brandenburg fand Preußen in Deutschland zwar einen starken Haß, aber es war auch der einzige Staat, den man fürchtete und auf den man Hoffnungen baute. Was man auch von der Kaiserwahl und von dem Dreikönigsbündniß denken mag, es waren jedenfalls sehr starke, ja staunenswerthe Symptome von der Geltung Preußens. Als man nicht mehr die Energie hatte, diese Stellung zu behaupten, und um sich mit den alten Gegnern zu versöhnen, mit der Revolution d. h. mit dem Liberalismus brach, wäre es ein Glück für Preußens Ehre gewesen, wenn die offenen Gegner dieser Politik d. h. die Männer der Kreuzzeitung die Regierung übernommen hätten. Statt dessen erkannte Herr v. Manteuffel, das Wohl des Staats sei an sein Bleiben geknüpft, er blieb daher und strafte seine eigne Vergangenheit Lügen. Was wir dadurch für einen Ruf im Ausland erlangt haben, das zu wiederholen möge man uns erlassen. Viel schlimmer war, daß Herr v. Manteuffel den Reformen seines Collegen in der innern Verwaltung keinen Widerstand leistete; daß er es geschehn ließ, daß die altpreussische ziemlich selbstständige, von der Amtschre und der Amtsbildung getragene Verwaltung mehr und mehr in eine Parteidregierung im schlechtesten Sinn umgewandelt wurde. Wie tief die Achtung Preußens gesunken war, und mit wie richtigem Instinct das Ausland den Grund dieses Gefühls erkannte, zeigt die Haltung der ausländischen, namentlich der österreichischen Presse in den letzten Monaten. Noch war bloß von der Möglichkeit eines Ministerwechsels die Rede, und schon war man unermüdlich, die große Bedeutung und die hoffnungreiche Zukunft Preußens hervorzuheben: wir Preußen mußten förmlich erstaunen, was wir über Nacht für ein anderes Volk geworden waren! Wir setzen voraus, daß in den nächsten Wochen unsere Wichtigkeit ganz unergründlich sein wird. Das Beste ist, daß wir ungefähr das nämliche Gefühl haben; um so mehr ist es jetzt unsere Pflicht, durch die That zu zeigen, daß dieses Gefühl keine hohle Renommage ist.

Das neue Ministerium ist mit zwei Ausnahmen, so weit die Persönlichkeiten desselben durch früheres Wirken bekannt sind, theils aus alten Beamten, die dem System Westphalen geopfert waren, theils aus Mitgliedern der ehemaligen parlamentarischen Opposition zusammengesetzt. Noch mehr: die ganze Art seiner Ernennung zeigt, daß der Regent nicht einzelne Sachministerien zusammenstellen, sondern ein einheitliches, von einem leitenden Gedanken getragenes Cabinet hat bilden wollen. Es ist, wie man in England sagen würde, ein Ministerium der Linken, ein Whigministerium, und wir, die Whigs, wären jetzt die ministerielle Partei; da wir aber nicht in

England sind, sondern in Preußen, so können wir diese Auffassung nur mit gewissen Restriktionen gelten lassen.

Wir haben schon in der vorigen Woche erklärt, daß wir jeder Regierung, aus welchen Personen sie auch zusammengesetzt sei, gegenüber eine loyale Haltung bewahren, daß wir sie nicht nach ihrer Vergangenheit, sondern nach ihren neuen Werken beurtheilen werden. Zwar freuen wir uns herzlich, daß unsre alten Führer das Vertrauen des Prinzen gewonnen haben, und hegen die feste Zuversicht, daß ihre neuen Thaten ihren früheren Worten entsprechen werden, allein die Aufgabe der preussischen Regierung ist eine sehr schwierige; sie erfordert nicht bloß guten Willen und gute Gesinnung, sondern eiserne Energie und klare Einsicht in das, was Noth thut. Schon zweimal im Jahr 1848 haben die liberalen Ministerien die Erwartungen des Landes nicht ganz erfüllt; es scheint uns also zweckmäßig, daß bei der bevorstehenden Landtagswahl die liberalen Wähler nicht auf eine ministerielle Majorität bedacht seien, nicht auf eine Kammer, die alles gut heißt, was das Ministerium thut, sondern auf unabhängige Deputirte, die nur die Sache, nicht die Personen im Auge haben. Das Ministerium Westphalen hat in der Verwaltung zahlreiche Ueberreste zurückgelassen, die weder mit dem altpreussischen Geist, noch mit der neuen Verfassung in Einklang zu bringen sind; wir wünschen und hoffen, daß diese Reste, wenn auch nicht auf einen Schlag, doch allmählig beseitigt werden. Nun liegt es nahe und ist ganz in der Ordnung, daß zum Ersatz zahlreiche Männer, die sich das Talent zutrauen, dem Staat zu nützen, der neuen Regierung ihre Dienste zur Verfügung stellen; allein wir würden im Allgemeinen es für nützlich halten, daß in den Landtag nicht diese Candidaten für künftige Aemter, sondern Männer gewählt werden, die für ihre Person von der Regierung nichts zu hoffen und nichts zu fürchten haben. Um nur einen Punkt hervorzuheben: Preußens bisherige Zollvereinspolitik ließ ebenso viel zu wünschen übrig, als die sonstige Verwaltung. Da nun der Träger derselben im Amt geblieben ist, so wird eine wachsame Kritik der Fortsetzung derselben von Seiten des Landtags nicht zu vermeiden sein.

So weit sind wir mit den Wünschen und Anforderungen der demokratischen Blätter ganz einverstanden. Wir halten es aber für zweckmäßig, uns auch im Uebrigen mit den Demokraten ins Klare zu setzen. Wir bekennen, daß uns jedesmal unheimlich zu Muthe wird, wenn in der Politik die Gemüthlichkeit überhand nimmt. Und das ist jetzt bei einem Theil der Presse der Fall: aller Unterschied, scheint es, zwischen Demokraten und Constitutionellen soll aufhören, und in vereinter Bruderliebe sollen wir dem gemeinschaftlichen Ziel zusteuern. Wäre das möglich, so wäre es das härteste Verdammungsurtheil gegen den gesunden Menschenverstand der gesammten Wählerschaft von 1848; denn dann ist es nur im Fieber gewesen, daß die beiden Parteien so leidenschaftlich miteinander haderten. Zwar sind wir ganz der Ansicht, daß man die alten antiquirten Streitigkeiten ruhen lassen solle; aber gleiche Ursachen bringen doch immer gleiche Wirkungen hervor. Die damals schwebenden Fragen sind noch heute nicht gelöst, und wenn auch Individuen im Lauf von zehn Jahren ihre Ueberzeugungen ändern mögen, von ganzen Volksclassen ist es nicht denkbar. Der Gegensatz der beiden Parteien wird wieder hervortreten, das ist eine Wahrheit, die wir um der bloßen Gemüthlichkeit willen nicht zu verhehlen gedenken.

Wol aber ist uns daran gelegen, daß der spätere Kampf in anständigen For-

men geführt werde, daß man den Gegner achten könne; es ist uns namentlich daran gelegen, daß wir dem Gegner keine Veranlassung geben, uns seine Achtung zu entziehen. Der Grund dieser Mißachtung liegt meistens in der Unklarheit: man nahm vor 1848 an, daß die Liberalen im Grund dasselbe wollten, als die Demokraten, und nannte es Verrath, als sich in der Krise ergab, daß sie etwas Anderes wollten. Hüten wir uns, daß derselbe Fall nicht wieder eintritt. Seien wir offen gegen die andern, offen gegen uns selbst: wir wollen vieles, was die Demokraten wollen — in dem schlesischen Programm sind die ungefähren Umrisse dieses gemeinsamen Willens gegeben — wir wollen aber vieles nicht, was die Demokraten wollen. Es ist eine Thorheit, wenn man die Nationalzeitung tadelt, daß sie in der ersten Stunde auf den Unterschied wieder hinweist; mit der bloßen Friedensliebe macht man keine Politik, und wir sollen die Gelegenheit benutzen, uns mit gleicher Offenheit zu erklären. Natürlich kann das nur der Einzelne thun.

Der Gegensatz zwischen der constitutionellen Partei und der gemäßigten Demokratie (die sonstige Demokratie lassen wir hier ganz aus dem Spiel) beruht auf dem Begriff des allgemeinen Wahlrechts.

Ganz offen hat sich darüber, so viel wir wissen, nur das königsberger „Comité für unabhängige Wahlen“ (darunter Dr. Johann Jacoby und Dr. Rupp) ausgesprochen. Indem es im Uebrigen das schlesische Programm zu Grunde legt, verlangt es außerdem von dem Abgeordneten, sich auf folgende Punkte zu verpflichten: „Wiedereinführung des gleichmäßigen Wahlrechts (d. h. Aufhebung der drei Classen, während der Umfang der Stimmberechtigten derselbe bleibt) und der Stimmzettelmahl.“

Gelinder drückt sich die Nationalzeitung aus: „Wir warten ab, ob man den Muth haben wird, sich den heutigen Wählern als Candidaten vorzustellen mit der eingestandenen Absicht, bis zum nächsten Mal einen guten Theil von ihnen von den Listen zu streichen. Sollte darüber Schweigen beobachtet werden, so wird es heilsam sein, sich über diesen Punkt Gewißheit zu verschaffen. Die Frage, ob Censur oder geheime Abstimmung, kann bald eine so hervorragende Wichtigkeit erhalten, daß die Wähler die dringendste Veranlassung haben, sie den diesmaligen Bewerbern nicht zu erlassen.“

Die Anforderung erscheint insofern unverfänglich, als wol alle Welt darin einig ist, daß für die gegenwärtige Legislatur eine Umgestaltung des Wahlgesetzes nicht in Aussicht steht. Aber daß der Gegensatz ein tieferer ist, zeigt eben das königsberger Programm. Mögen die Candidaten daher sehr reiflich überlegen, wozu sie sich verpflichten. Bei dem jetzigen Classensystem, hoffentlich auch bei dem ganz zweckwidrigen, unlebendigen indirecten Wahlmodus, bei dem der Urwähler nie weiß, wem er eigentlich seine Stimme gibt, kann es für die Dauer nicht bleiben; und dann handelt es sich um die Alternative: gleiches Wahlrecht für jedermann oder eingeschränktes Wahlrecht — gleichviel ob nach Censur oder nach bestimmten Kategorien wie in England eingeschränkt.

Will sich die constitutionelle Partei in der That für das Erste — nach der glänzenden Erfahrung in Frankreich von 1848 bis 1852! — verpflichten? Wir würden das für einen Leichtsinns halten, der, bei späterem etwaigen Wechsel der Ansicht, einen gerechten Verlust an Achtung nach sich ziehen würde. Fern von der

Doctrin, daß das uneingeschränkte Wahlrecht unter allen Umständen verwerflich sei, glauben wir doch nicht, daß in seiner gegenwärtigen Lage der preussische Staat die Gefahren desselben ertragen kann. Wer aber diesen Glauben mit uns theilt, scheint uns, wenn er befragt wird, zu einem offenen Aussprechen desselben verpflichtet zu sein.

Die Kreuzzeitung verheißt uns das wunderbare Schauspiel, daß ihre Partei „gegen Liberalismus, Demokratie und Bureaucratie“ die Fahne der Freiheit erheben wird. Wir sehen dieser Wendung mit stillem Behagen entgegen, fürchten aber, wie früher, im entscheidenden Augenblick darüber belehrt zu werden, daß „Freiheit“ so viel heißt als „Knechtschaft“. Immerhin wird der Reiz der Neuheit nicht ausbleiben; nur täuscht sich die „kleine aber mächtige“ Partei, wenn sie ihre parlamentarischen Größen, etwa Stahl, Wagner und Herrn v. Gerlach (den in der Kammer) für ihre Führer hält; ihre Führer waren der andere Herr v. Gerlach und etwa Herr v. Westphalen. Nicht die Doctrin, nicht der Witz hat die „kleine aber mächtige“ Partei zusammengehalten.

Historische Schriften.

Geschichte der Stadt und Universität Freiburg im Breisgau von Heinrich Schreiber. Freiburg, Wangler. — Mit der sechsten Lieferung, welche die Periode vom rhywylser Frieden bis zum Uebergang der Stadt an das großherzogliche Haus Baden behandelt, ist nun die Geschichte der Stadt abgeschlossen; zur Vollendung des Werks fehlt noch die Geschichte der Universität seit der Reformation. Unter den zahlreichen Stadtgeschichten, die in den letzten Jahren erschienen sind und einen sehr wichtigen Beitrag für die Entwicklung der deutschen Cultur enthalten, zeichnet sich dies Werk durch gründliche Studien und eine geschickte Form der Erzählung aus. — Als einen interessanten Nachtrag dazu erwähnen wir: Freiburgs gesellschaftliche, theatralische und musikalische Institute und Unterhaltungen und deren Entwicklung von 1770 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Culturgeschichte Süddeutschlands von J. B. Trenkle. Freiburg, Wangler. Die culturhistorisch interessanteste Partie des Buchs ist der Kampf zwischen den Jesuiten und Illuminaten auf dem Theater. —

Selbsterlebtes während der Belagerung von Lucknow von Ruuz Rees. Leipzig, Lorch. (Deutsche Originalausgabe). — Eine der wichtigsten Episoden des furchtbaren indischen Aufstandes wird von einem verständigen Augenzeugen sachgemäß und ergreifend dargestellt. —

Männer der Zeit. Biographisches Lexicon der Gegenwart. Leipzig, Lorch. — Die Sammlung, zum großen Theil auf Originalmittheilungen der charakterisirten Personen basirt, aber von verständigen Bearbeitern kritisch gesichtet, entspricht einem wesentlichen Bedürfnis. —